

Rechtsforschung als disziplinenübergreifende Herausforderung

Forumsthema: „Recht sozial. Disziplinenübergreifende Perspektiven auf soziale Sicherung“

Eva Katharina Sarter
sarter@zedat.fu-berlin.de

Titel: Kulturelle Einflüsse auf nationale Rechtssetzungen. Zur Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen für sozialpolitische Regelungen der intensiven Familienphase in Spanien

Abstract:

Der hier vorgeschlagene Beitrag zur Tagung „Rechtsforschung als disziplinenübergreifende Herausforderung“ setzt sich mit der Frage auseinander, welchen Einfluss gesellschaftliche Strukturen und kulturelle Traditionen auf die Ausgestaltungen von Elternzeit und angrenzenden Regelungen haben. Während die skandinavischen Länder in Hinblick auf Elternzeitregelungen, Kinderbetreuung und Arbeitsmarktintegration von Frauen vielfach untersucht wurden, existieren nur sehr wenige Studien zu den mediterranen Ländern. Dabei sind diese Länder durch grundlegend andere gesellschaftlich-soziale Strukturen gekennzeichnet, insbesondere durch eine besondere Bedeutung von Familie und innerfamiliärer Solidarität. Diese Besonderheit unterscheidet sie von anderen europäischen Wohlfahrtsstaaten und schlägt sich auch in den Rechtssetzungen in Bezug auf die intensive Familienphase nieder. Am Beispiel rechtlicher Regelungen im Bereich der Sozialpolitik sowie steuerlicher Regelungen mit Bezug auf die intensive Familienphase soll anhand der spanischen Regelungen beispielhaft dargelegt werden, wie sich spezifische kulturelle und gesellschaftliche Setzungen in mediterranen Staaten auf Rechtssetzungen in diesem Bereich auswirken.

Der Fokus des Vortrages liegt dabei auf den Möglichkeiten einer Freistellung (Elternzeit, Mutterschaftsurlaub) und den angrenzenden Regelungen. So ist in Spanien die Möglichkeit eines vergüteten Mutterschaftsurlaubs gegeben, der von beiden Elternteilen in Anspruch genommen werden kann. Darüber hinaus gibt es lediglich die Möglichkeit einer unvergüteten Freistellung zur Kinderbetreuung. Während also auf der einen Seite nur marginale Freistellungsmöglichkeiten vorhanden sind, existiert auf der anderen Seite eine finanzielle Leistung, die allein erwerbstätigen Frauen zugutekommt.

Diese rudimentäre Freistellungsregelung kann jedoch nicht als Ausdruck eines ‚Hinterher-Hinkens‘ spanischer Regelungen hinter denjenigen anderer europäischer Länder gesehen werden. Vielmehr ist sie Merkmal einer spezifischen (ideologischen) Struktur der spanischen Gesellschaft, die insbesondere auf innerfamiliäre Solidarität rekurriert und von daher Vereinbarkeit als eine im Rahmen der Großfamilie zu lösende Problemstellung konzipiert. Dies wird insbesondere daran deutlich, dass erwerbstätige Mütter von Kindern im Alter von unter drei Jahren (und ausschließlich diese) zugleich Anspruch auf eine monatliche finanzielle Zuwendung haben, wenn sie mit einer bestimmten Mindestwochenarbeitszeit erwerbstätig sind. Während also Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht als Problem rechtlicher Setzungen angesehen wird, bildet die Forcierung von Frauenerwerbstätigkeit einen expliziten Bezugspunkt staatlichen Handelns.

Anhand der spanischen Regelungen, die in der Phase der jungen Elternschaft ansetzen, soll aufgezeigt werden, welche spezifischen kulturellen und gesellschaftlichen Traditionen die Gestaltung dieser Regelungen beeinflussen. Denn die Entwicklung von Freistellungsregelungen zur Kinderbetreuung und der einseitigen Unterstützungen erwerbstätiger Mütter von kleinen Kindern ist – so die These – in den spezifischen Strukturen Spaniens und der europäisch mediterranen Gesellschaften und ihren Traditionen begründet. Eben diese Begründetheit spanischer Rechtssetzungen in gesellschaftlichen Strukturen, die Spanien als mediterranes Land auszeichnen, soll im hier vorgeschlagenen Vortrag aufgezeigt werden. Damit verknüpft der hier vorgeschlagene Beitrag politikwissenschaftlich fundierte Rechtsforschung mit soziologischen, historischen und kulturwissenschaftlichen Ansätzen.